

PROFESSOREN-PROFILE

Prof. Dr. Karlheinz Ruckriegel, 48, ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Georg-Simon-Ohm-Fachhochschule in Nürnberg. Er studierte in Bayreuth und war Assistent von Prof. Egon Görgens. Seine bevorzugten Arbeitsgebiete: Makroökonomie, insbesondere Geldpolitik.



Seine wichtigsten Buchveröffentlichungen: „Europäische Geldpolitik“ (zus. mit E. Görgens und F. Seitz), „Grundzüge der makroökonomischen Theorie“ (zus. mit E. Görgens), „Zwei Währungsgebiete – zwei Geldpolitiken? Ein Vergleich des Eurosystems mit dem Federal Reserve System“ (zus. mit F. Seitz).

Karlheinz Ruckriegel

Die Stimmung der Verbraucher ist wesentlich besser geworden. Hat das eher mit der Euphorie anlässlich der Fußballweltmeisterschaft zu tun, oder zeichnet sich hier ein stabiler Aufschwung ab? Die GfK-Konsumklimastudie für Juni 2006 zeigt zwar eine weitere Verbesserung des Konsumklimas gegenüber dem Vormonat. Das geht aber alleine auf die gestiegene Anschaffungsneigung wegen der Mehrwertsteuererhöhung zurück, die Konjunktur- und Einkommenserwartungen sind eher verhaltener. Es wird – Weltmeisterschaft hin oder her – im Wesentlichen darauf ankommen, ob sich am Arbeitsmarkt etwas tut. Der Ifo-Geschäftsklimaindex deutet darauf hin, dass der Aufschwung an Breite gewonnen hat, womit eine Trendwende am Arbeitsmarkt möglich erscheint. Wie die jüngsten Arbeitsmarktdaten zeigen, ist erstmals seit 2001 die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten höher als im Vorjahresmonat. Damit spricht vieles für einen stabilen Aufschwung.

Die Europäische Zentralbank und die amerikanische Fed machen sich wegen der Inflation Sorgen und erhöhen seit einiger Zeit die Zinsen. Besteht – zumindest in den Euroländern – nicht die Gefahr, dass der zarte Aufschwung damit wieder abgewürgt wird? Wie man an den Wachstumsraten der USA sieht, haben die dortigen Zinserhöhungen bislang nicht geschadet. Im Euroraum haben wir ein starkes Wachstum der Geldmenge M3, das von den Krediten getrieben wird, zudem signalisieren Industrie- und Verbrauchervertrauen, Auftragseingänge, Kapazitätsauslastung und Produktion einen Aufschwung. Laut EZB-Präsident Trichet ging es bei den bisherigen Zinserhöhungen darum, die Inflationserwartungen niedrig zu halten. Im Mai lag die Inflationsrate im Euroraum bei 2,5 Prozent, es ist also Wachsamkeit geboten. Bisher kann jedoch kaum die Rede davon sein, dass durch die Zinserhöhungen die Konjunktur abgewürgt wird.

In Ländern wie den USA, Großbritannien, Australien, Irland, Spanien und Frankreich ist seit längerem eine beachtliche Immobilien-Bubble zu beobachten. Manche befürchten, dass sie – vor allem durch den Zinsanstieg – ebenso platzen könnte wie die Börsen-Bubble 2001. Lauert hier eine Gefahr für die weltweite Konjunktur und möglicherweise auch für die Banken? In Australien, Großbritannien und den USA ist der Preisanstieg bei Wohnimmobilien nur noch verhalten. Die Geldpolitik muss angesichts der Immobilienmärkte den Vermögensseffekt im Auge behalten, wonach Veränderungen beim Vermögen über entsprechende Veränderungen bei der Sparquote auch auf die Konsumnachfrage durchschlagen. Die Konjunktur ist nur dann in Gefahr, wenn die Geldpolitik die Vermögensmärkte bei ihren zinspolitischen Überlegungen außer acht lässt, womit sich Bubbles erst richtig aufblähen, bevor sie platzen. Genau das wurde der Fed bei der Börsen-Bubble zum Vorwurf gemacht. Eine Gefahr für die weltweite Konjunktur sehe ich jedoch nicht. Ob Banken in Schieflage geraten können, muss für jedes Land einzeln beurteilt werden. In den USA könnten bei einem weiteren Zinsanstieg auf einige Banken gewisse Probleme zukommen.

Die überwiegend unkontrollierten und unregulierten Hedge-Fonds, deren weltweites Anlagevolumen weit über eine Billion Dollar beträgt, werden von vielen – unter anderem von der EZB, der Deutschen Bundesbank und der Bafin – als latente Bedrohung des internationalen Finanzsystems gesehen. Sollten sie stärker reguliert werden? Ich halte den Vorschlag der Deutschen Bundesbank, dass sich Hedge-Fonds von Rating-Agenturen beurteilen lassen sollten, um mehr Transparenz zu schaffen, für sehr sinnvoll. Die Rating-Agenturen sollen neben dem Geschäftserfolg auch potenzielle Stabilitätsrisiken beleuchten. Der Fragenkatalog müsste zusammen mit den Aufsichtsorganen entwickelt werden. Das Rating wäre zwar freiwillig. Hedge-Fonds, die sich ihm entziehen, würden jedoch schnell von den Anlegern abgestraft werden.

Die USA werden wegen des hohen Leistungsbilanzdefizits, der hohen Staatsverschuldung, des Haushaltsdefizits, der extrem niedrigen Sparquote und des wackeligen Dollar oft als Koloss auf tönernen Füßen bezeichnet. Manche halten deshalb sogar einen Finanz-Crash für möglich. Übertrieben? Entscheidend wird sein, ob es zu einer geordneten Anpassung der – auf Dauer nicht durchhaltbaren – weltweiten Ungleichgewichte kommt, also zu einem Abbau des enormen Leistungsbilanzdefizits der USA und – spiegelbildlich – der entsprechenden Überschüsse in anderen Ländern. Dazu bedarf es allerdings

„Hedge-Fonds sollten sich von Rating-Agenturen beurteilen lassen, um mehr Transparenz zu schaffen“

Die USA werden wegen des hohen Leistungsbilanzdefizits, der hohen Staatsverschuldung, des Haushaltsdefizits, der extrem niedrigen Sparquote und des wackeligen Dollar oft als Koloss auf tönernen Füßen bezeichnet. Manche halten deshalb sogar einen Finanz-Crash für möglich. Übertrieben? Entscheidend wird sein, ob es zu einer geordneten Anpassung der – auf Dauer nicht durchhaltbaren – weltweiten Ungleichgewichte kommt, also zu einem Abbau des enormen Leistungsbilanzdefizits der USA und – spiegelbildlich – der entsprechenden Überschüsse in anderen Ländern. Dazu bedarf es allerdings

einer restriktiven Wirtschaftspolitik in den USA und einer wachstumsstimulierenden in den anderen Ländern. Außerdem müsste China eine Aufwertung des Yuan gegenüber dem Dollar zulassen. Danach sieht es derzeit jedoch nicht aus. Eine abrupte und starke Abwertung des Dollar, insbesondere gegenüber dem Euro, ist also durchaus denkbar, was allerdings zu ernsthaften konjunkturellen Problemen im Euroraum führen würde. Erste Anzeichen eines schwächer werdenden Dollar gibt es bereits, nachdem die Fed Ende Juni angedeutet hat, die Zinserhöhungen möglicherweise nicht fortzusetzen.

Die Dollar-Bestände Chinas belaufen sich bereits auf fast eine Billion. Deshalb will es, — ebenso wie etwa Russland und einige arabische Ölstaaten — nun verstärkt in den Euro gehen. Wird der Dollar allmählich vom Euro als Reservewährung Nr. 1 abgelöst? Der Iran

ist gerade dabei, eine elektronische Ölbörse zu installieren, die auf Euro-Basis abrechnet. Auch Venezuela könnte auf den Euro umschwenken. Russland setzt auf den Rubel und ist auch gerade dabei, eine Börse für den Öl- und Gashandel in Moskau einzurichten. Wird der Dollar seltener als Transaktionswährung eingesetzt, verliert er auch als Reservewährung an Attraktivität. Abgesehen davon ist es auch aus portfoliotheoretischer Sicht ratsam, Reservebestände zu diversifizieren. Bislang ist der Dollar allerdings noch mit Abstand die Reservewährung Nr. 1.

Viele Regionen der Welt träumen von einer Art Euro für ihre Länder. Können Sie sich vorstellen, dass es bald eine gemeinsame Währung in Teilen Asiens, Lateinamerikas, der Karibik oder Afrikas gibt? Warum nicht? Ich kann mir das sehr gut vorstellen. Solche Absichten gibt es übrigens auch im arabischen Raum. Letztlich ist es vor allem eine Frage des politischen Willens.

Ein Euro-Land wie Irland, dessen Konjunktur und Immobilienmarkt brummt, benötigt höhere Zinsen als beispielsweise Deutschland mit seiner lahmen Wirtschaft. Ist da das One-fits-all-Konzept des Euro deshalb nicht fragwürdig? Eine Währungsunion hat Vor- und Nachteile. Die Vorteile liegen auf der Hand: Geringere Transaktionskosten, höhere Preistransparenz, der Wegfall von Wechselkurschwankungen und im Falle der Europäischen Währungsunion niedrige Zinsen aufgrund der hohen Reputation des Eurosystems. Ein Land, das einer Währungsunion beiträgt, verliert aber gleichzeitig die Möglichkeit, eine eigenständige Zins- und Wechselkurspolitik zu betreiben. Vor allem die neuen EU-Mitgliedstaaten sollten sich gut überlegen, ob sich der Verzicht auf eine eigene Zins- und Wechselkurspolitik angesichts ihres Aufholprozesses derzeit lohnt.

Litauen wollte 2007 den Euro übernehmen, verfehlte die vorgeschriebene Inflations-

rate jedoch knapp um 0,1 Prozentpunkte. Hätte man da nicht eine Ausnahme machen können? Man hätte schon bei Belgien, Griechenland und Italien keine Ausnahmen machen sollen. Welche Glaubwürdigkeit hat ein Vertrag, der nicht eingehalten wird? Es war höchste Zeit, dass die Konvergenzkriterien strikt angewandt wurden.

Es gibt kaum jemanden, der nicht der Meinung ist, seit Einführung des Euro sei vieles erheblich teurer geworden. Verweist man dann auf die offiziellen Inflationsraten, wonach es fast keine Teuerung gab, wird man meist nur ausgelacht. Die offizielle Inflationsrate ist das eine, die wahrgenommene Teuerungsrate das andere. Letztere bekommen die Menschen beim Einkauf zu spüren. Doch ein Privathaushalt rechnet in der Regel nicht bilanzartig am Ende des Monats ab, wie dies bei der offiziellen Inflationsrate der Fall ist, deren Warenkorb auf repräsentativen

Einkommens- und Verbrauchsstichproben beruht. Untersuchungen haben auch gezeigt, dass Verluste stärker wahrgenommen werden als Gewinne. Wollte man die wahrgenommene Teuerungsrate messen, so dürfte man Kaufkraftverluste aufgrund von Preiserhöhungen nicht direkt mit Kaufkraftgewinnen aufgrund von Preissenkungen verrechnen. Ich denke, wir sollten darauf vertrauen, dass das Statistische Bundesamt seinen Job richtig macht.

Die Regierung hat die größte Steuererhöhung seit Bestehen der Bundesrepublik beschlossen. Wie gefährlich ist das für die Konjunktur? Die Ansichten sind hier geteilt. So schätzen etwa das Ifo-Institut und die EU-Kommission den negativen Effekt als nicht so gravierend ein, da die Menschen schon seit längerem eine Steuererhöhung erwarten, also mit einem niedrigeren dauerhaften Einkommen gerechnet und deshalb bereits weniger konsumiert haben.

Damit sinkt das gemessene laufende Einkommen durch die Steuererhöhung stärker als das permanente Einkommen und damit der Konsum.

Hartz IV ist massiv in die Kritik geraten. Zu Recht? Ja! Mit dem Hartz-IV-Leistungsniveau

sind gravierende Anreizprobleme verbunden. Wir haben keine Massenarbeitslosigkeit in dem Sinne, dass alle gleich stark von Arbeitslosigkeit betroffen bzw. bedroht sind. Wir haben vielmehr eine dramatisch hohe Arbeitslosenquote bei den Geringqualifizierten. Ohne Kombilohn wird es nicht gehen. Die Grundidee dabei ist, die Arbeitsanreize für Geringqualifizierte durch staatliche Lohnzuschüsse zu erhöhen und geringe Löhne zu akzeptablen Haushaltseinkommen aufzustoßen, damit die Arbeitskosten für einfache Tätigkeiten sinken können und die Arbeitsnachfrage in diesem Segment entsprechend steigt. Nicht die Unternehmen, sondern die Arbeitnehmer sollten bezuschusst werden, um gezielt finanziell Bedürftige zu fördern und die Mitnahmeeffekte möglichst klein zu halten. Das Kombilohn-Modell des Ifo-Instituts sieht etwa vor, einerseits die Regelleistungen des Arbeitslosengeldes II abzusenken, andererseits die Hinzuverdienstmöglichkeiten deutlich zu verbessern. Für diejenigen, die keinen Job finden, sollte es ein Beschäftigungsangebot in kommunaler Regie geben, das ein Einkommen in Höhe des heutigen Arbeitslosengeldes II sichert.

Ökonomen kümmern sich seit Neuestem ja auch ums Glück. Macht Geld glücklich? Wie alles im Leben kommt es auch hier auf das rechte Maß an. Bereits Hermann Heinrich Gossen hatte das Mitte des 19. Jahrhunderts im Zweiten Gossenschen Gesetz, das vom Ausgleich der gewonnenen Grenznutzen handelt, herausgearbeitet. Dahinter steht

der schlichte Gedanke, dass man alles in ein inneres Gleichgewicht bringen sollte. Es ist also nichts Außergewöhnliches, wenn sich Ökonomen gemeinsam mit anderen Wissenschaftlern mit der Erforschung des Glücks befassen. Die Glücks-

forschung hat sieben Glücksfaktoren ermittelt: familiäre Beziehungen, die finanzielle Lage, Arbeit, soziales Umfeld, Gesundheit, persönliche Freiheit und Lebensphilosophie. In den westlichen Industrieländern kommt dem Einkommen übrigens keine herausgehobene Bedeutung mehr zu.

Die Umstellung auf die Bachelor-Studiengänge führt dazu, dass die VWL zum Teil aus dem BWL-Studium verdrängt wird. Brauchen BWL-Studenten Mikro und Makro? Dies mag an einzelnen Hochschulen der Fall sein, ist jedoch nicht generell so. Im Übrigen schweben Unternehmen ja nicht im luftleeren Raum, sondern sind in die Volkswirtschaft eingebunden. Ein Betriebswirt muss also die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge und Begriffe — von Konjunktur über Inflation, Geld- und Zinspolitik bis zu Wettbewerbsphänomenen und Außenwirtschaft — kennen, wenn er verantwortungsvoll und zielorientiert handeln will.

„Mit dem Hartz-IV-Leistungsniveau sind gravierende Anreizprobleme verbunden ... Wir haben eine dramatisch hohe Arbeitslosenquote bei den Geringqualifizierten“

„Die neuen EU-Mitgliedstaaten sollten sich gut überlegen, ob sich der Verzicht auf eine eigene Zins- und Wechselkurspolitik angesichts ihres Aufholprozesses lohnt“